

IN VIA Jugendmigrationsdienst

Der Verein „IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit für das Erzbistum Berlin e. V.“ existiert seit über 100 Jahren. Damals ging es darum, Mädchen und junge Frauen, die nach Berlin kamen, in der Hoffnung auf bessere Lebensverhältnisse, vor Ausbeutung und Zwangsprostitution zu schützen und sie auf ihrem weiteren Lebensweg zu begleiten.

Heute – ein Jahrhundert später – widmet sich IN VIA nach wie vor, vor allem jungen Mädchen und Frauen, um sie vor jeglichem Missbrauch zu bewahren. Des Weiteren schafft IN VIA Bildungsangebote, um junge Menschen bei der Entwicklung persönlicher und beruflicher Lebensperspektiven zu unterstützen.

„IN VIA“ heißt „auf dem Weg“ und so ist es für den Verein selbstverständlich, sich stets auf den Weg zu machen, um Angebote zu schaffen, die dem aktuellen Bedarf entsprechen und Unterstützung für Frauen, aber auch Männer bieten.

Vom Jugendgemeinschaftswerk zum Jugendmigrationsdienst

Seit Ende der 80er Jahre arbeitet IN VIA im Bereich „Jugendmigration“. So wurde 1989 das Jugendgemeinschaftswerk IN VIA eingerichtet, das Aussiedlerjugendliche aus den GUS Staaten, aus Polen und Rumänien betreute. Ziel war es die Jugendlichen gesellschaftlich, schulisch, sozial und beruflich zu integrieren. 1994 wurde „Café VIA“ als Jugendgemeinschaftswerk in Berlin-Wedding eröffnet. Zu der bisherigen Zielgruppe kamen auch Jugendliche aus der sozialräumlichen Umgebung.

Im Vorgriff auf das Zuwanderungsgesetz wurde die Konzeption der Jugendgemeinschaftswerke sowohl namentlich verändert, als auch inhaltlich neu bestimmt. Die Jugendgemeinschaftswerke hießen fortan Jugendmigrationsdienste und arbeiteten mit erweiterten Zielgruppen. Der Focus richtete sich auf jugendliche Neuzuwanderer im Alter von 12 bis 27 Jahren mit der Option eines dauerhaften Aufenthaltes in Deutschland. Außerdem sollten sie nicht mehr schulpflichtig sein. Zielsetzung der pädagogischen Arbeit war weiterhin die Unterstützung bei der sozialen, gesellschaftlichen und beruflichen Integration.

Durch die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes 2005 wurde die Arbeit der Jugendmigrationsdienste gesetzlich verankert. Kooperationen mit Sprachschulen, die

Integrationskurse abhalten, wurden zur verbindlichen Aufgabe. IN VIA kooperierte schon seit 2003 mit der Volkshochschule City in Berlin-Mitte und bot dort Beratung für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Integrationskurse an. Ab 2005 wurden Jugendintegrationskurse eingerichtet, die ausschließlich von Jugendlichen im Alter von 18 bis 27 Jahren besucht werden dürfen und deren Besonderheit die sozialpädagogische Begleitung der Kurse durch den Jugendmigrationsdienst von IN VIA ist. Weitere Sprachschulen kamen im Laufe der Jahre hinzu.

2007 wurde die Zielgruppe der betreuten Jugendlichen erneut auf Jugendliche Neuzuwanderer, die noch schulpflichtig sind, und Jugendliche mit Migrationshintergrund erweitert, d.h. der Jugendmigrationsdienst betreute von nun an auch Jugendliche mit erhöhtem Integrationsbedarf, die in Berlin geboren sind. Von daher wurde das Kooperationsfeld um Sekundarschulen erweitert. Dadurch kam dann die Zusammenarbeit mit den sogenannten „Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse“ (Willkommensklassen) hinzu. Neben dem Bekanntmachen des Beratungsangebotes ging es vor allem darum, regelmäßige Angebote zu schaffen, die die deutsche Sprache verfestigten und ihnen halfen, sich in Berlin zurechtzufinden und ihren Sozialraum erweiterten.

IN VIA Jugendmigrationsdienst „Café VIA“

Der Jugendmigrationsdienst „Café VIA“ arbeitet nach den Grundsätzen zur Durchführung und Weiterentwicklung des Programms 18 im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) mit dem Titel: „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund“. In erster Linie geht es darum, junge Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren, die Unterstützung am Übergang Schule-Ausbildung/Beruf benötigen, mit dem Verfahren des Case Managements und dem Instrument des individuellen Integrationsförderplans zu beraten und zu begleiten. Zusätzlich bieten wir verschiedene Gruppenangebote, die den jungen Menschen helfen, ihre sozialen und sprachlichen Kompetenzen durch gemeinsames Lernen und Gruppenerlebnisse zu steigern. Die Angebote sind neben der schulischen Unterstützung auch Basis für unsere Beziehungs- und Beratungsarbeit.

Der Jugendmigrationsdienst setzt sich außerdem in der Öffentlichkeit und in der Politik für die Interessen und Belange von Jugendlichen ein. So arbeiten wir in vielen Arbeitsgemeinschaften nach §78 SGB VIII und Gremien des Bezirkes Mitte mit: AG Jugend(sozial-)arbeit, Regionale AG, Jugendberufshilfe, AG Mädchen und junge Frauen, Jugendhilfeausschuss und Migrationsbeirat.

Aktuelle Situation

Unsere Beratungsstelle liegt im Bezirk Berlin-Mitte und ist geprägt von einer großen kulturellen Vielfalt. Der Bezirk verzeichnete den höchsten Bevölkerungsanstieg in den Jahren 2012 – 2014. Der Anteil von Menschen ohne deutschen Pass liegt bei 30 %. Außerdem werden hier, neben Spandau und Lichtenberg, die meisten Geflüchteten in Unterkünften beherbergt (1.553 Geflüchtete).

Die Zahl der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren ist in dem Zeitraum ebenfalls gestiegen. Bei Jugendlichen ohne deutschen Pass ist ein Anstieg von 7 % zu verzeichnen, ebenso ist die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund gestiegen.¹

Innerhalb dieses Bezirks gehören der gesamte Wedding und der angrenzende Teil von Reinickendorf (OT Reinickendorf) zu unserem Zuständigkeitsbereich.

In den letzten drei Jahren kamen die Hälfte der Jugendlichen in den Willkommensklassen und Jugendintegrationskursen aus osteuropäischen Ländern und somit auch in unsere Beratung. Darunter sind junge Menschen, die aufgrund hoher Arbeitslosigkeit in ihren Herkunftsländern nach Deutschland kamen und den Jugendmigrationsdienst aufsuchen, um einen Ausbildungsplatz oder Arbeit zu finden. Eine weitere Zielgruppe, die zugenommen hat, sind geflüchtete junge Menschen aus Syrien, Afghanistan, westafrikanischen Ländern und Serbien. Diese brauchen ebenfalls Unterstützung in verschiedenen Lebensbereichen. So stieg die Zahl der Geflüchteten im Jugendmigrationsdienst in den letzten drei Jahren um 32 % an.

Unsere Klientinnen und Klienten sind sehr unterschiedlich hinsichtlich des Bildungsstandes, der Deutschkenntnisse, der Integration auf dem Arbeitsmarkt, der Familienstrukturen, der Wohnsituation, des Aufenthaltsstatus und dem Grad ihrer Integration.

Bei der Beratung müssen wir jeweils individuell die Bedeutung von Familie, kulturelle Faktoren und die Weltanschauung unserer Klientinnen und Klienten berücksichtigen. Ebenso werden stets die unterschiedlichen Altersstrukturen berücksichtigt und adäquate Förderbedarfe zur Integration ermittelt. So wird in Willkommensklassen der Schwerpunkt auf die Integration der Schülerinnen und Schüler in Regelklassen gelegt, bei den älteren, nicht mehr schulpflichtigen Neuzuwanderern und –zuwanderinnen, ist der Schwerpunkt die Erlangung eines deutschen Schulabschlusses. In den Sprachschulen geht es oft um die Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen, ebenso um sozialrechtliche und ausländerrechtliche Fragen, die die Grundbedingungen für eine sinnvolle Integration bilden. Anschließend an die Zertifikatsprüfung B1 geht es um die berufliche Integration durch Bildungsmaßnahmen, die dann in eine Ausbildung oder das Berufsleben einmünden.

Weitere Themen sind die Beantragung von Sozialleistungen, das Unterstützen bei der Wohnungssuche, Schulden- und Gesundheitsfragen.

Erfahrungen und Perspektiven

Aufgabe des Jugendmigrationsdienstes ist die Begleitung junger Menschen bei ihrem Integrationsprozess in Deutschland. Ziele sind die Partizipation in allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens zu fördern, individuell Hilfestellung bei der Lebensbewältigung zu leisten und die Entwicklungsperspektiven von ihnen zu verbessern.

¹ vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2012, Februar 2013

vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2014, Februar 2015

Um diese Ziele umzusetzen bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen, die Politik, Verwaltung, Wirtschaft, freie Träger und die Bevölkerung gemeinsam tragen sollten.

Beratung

In der Beratung ist die Nachfrage nach Unterstützung bei der Wohnungssuche gestiegen. So werden unsere Klientinnen und Klienten bei der Suche oft benachteiligt, sei es aufgrund ihres Migrationshintergrundes, weil der Vermieter keine Bewerbungen von Menschen annimmt, die von Transferleistungen leben oder weil sie keine Wohnung finden, die sie bezahlen können bzw. die vom Jobcenter finanziert wird. Das Problem dabei ist, dass die Werte nach SGB II für Mietkosten nur noch in wenigen Bezirken den Werten des Wohnungsmarktes entsprechen.

Ein weiterer Themenbereich ist die Hilfe bei der Ausbildungsplatzsuche. Hierbei ist dringend Bedarf, die Kooperation mit Handwerks – und Handelskammern und Unternehmerverbänden auszubauen, um Unternehmen von der Notwendigkeit zu überzeugen, Jugendliche mit Migrationshintergrund als Auszubildende einzustellen. So gibt es nach wie vor Vorbehalte gegenüber unserer Zielgruppe, insbesondere Mädchen mit Kopftuch haben Schwierigkeiten einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Junge Flüchtlinge sind zusätzlich benachteiligt bei der Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung angesichts der Nachrangigkeit des Zugangs zum Arbeitsmarkt.

Ebenso kommen junge Menschen mit Schulden bzw. Fragen zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts in die Beratungsstelle, da der Zugang zu sozialen Leistungen für sie undurchsichtig ist oder der Aufenthaltsstatus noch ungeklärt ist und es dadurch zu langen Bearbeitungszeiten kommt oder sich durch einen Wechsel der zuständigen Leistungsstelle, die Zahlungen verzögern.

Jugendintegrationskurse

Ein Großteil der Kursteilnehmenden besitzt eine gute Schulbildung, oft wurde auch schon eine Ausbildung absolviert oder ein Studium begonnen. Die Verfahren zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen müssen beschleunigt werden bzw. erleichtert werden, sodass im Anschluss an den Spracherwerb eine zeitnahe weitere Berufsplanung eingeleitet werden kann.

Lerngruppen für Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse

In den letzten Jahren hat sich die Zusammenarbeit mit den Willkommensklassen intensiviert, da sich die Zahl der Sprachlernklassen in unserem Zuständigkeitsbereich in den letzten Jahren verdreifacht hat. Sehr hilfreich ist der regelmäßige Austausch sowohl mit den Schulsozialarbeiterinnen und –sozialarbeitern als auch den Lehrkräften. Es ermöglicht sowohl die Besprechung von Fragen und Problemen der Zielgruppe sowie die Planung von adäquaten Freizeitangeboten. Der Bedarf an Begleitung und Unterstützung ist allerdings viel höher. Hierbei geht es neben der Sprachförderung auch darum, beim Übergang von der Willkommensklasse in die Regelklasse zu unterstützen. Dort entstehen oft Probleme, da in den Lerngruppen das Erlernen der deutschen Sprache Priorität hat und weniger Fachunterricht erfolgt, sodass dann in den Regelklassen wichtiges Schulwissen fehlt. Aus diesem Grund ist es wichtig, an den Schulen zusätzlich Förderstunden anzubieten, damit die

Schülerinnen und Schüler dem Schulstoff folgen können und sie die Chance haben, einen Schulabschluss zu erlangen.

Fazit

Gesellschaft ist ein Zusammenschluss von Menschen mit ihrer jeweils eigenen Kultur, Alter, Geschlecht, sexuellen Orientierung, Behinderung, Religion (Weltanschauung) etc. und jeder sollte willkommen sein und gleiche Chancen haben, um am sozialen, kulturellen und politischen Leben partizipieren zu können.

Die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit von Migrantinnen und Migranten ist jedoch häufig defizitär geprägt und es wird von Problemlagen und Herausforderungen in diesem Zusammenhang gesprochen. Nicht selten werden sie als homogene Gruppe gesehen, anstatt als unterschiedliche Menschen mit jeweils eigener Vorstellung vom Leben. Zugewanderte junge Menschen verfügen über vielfältige Ressourcen, die zum Gelingen eines Miteinanders von Menschen verschiedenster Herkunft beitragen. Darauf sollte der Blick gerichtet werden. Hierbei bedarf es vor der Vernetzung von Schule und Ausbildungsbetrieb und vor allem der interkulturellen Öffnung von sozialen Diensten, Verwaltungen, Bildungseinrichtungen und anderen Institutionen.

Auch Besucherinnen und Besucher des Jugendmigrationsdienstes haben sich damit auseinandergesetzt, wie sie das Leben in Deutschland erleben und welche Wünsche sie an Gesellschaft haben. Das Ergebnis kann man in einem Kurzfilm sehen, den sie im Rahmen des Partizipationsprojekt „M&M – Mitreden und Mitgestalten. Zukunft ist kein Zufall!“ gedreht haben.²

Autorin:

Susanne Nadapdap arbeitet als Sozialarbeiterin im Jugendmigrationsdienst und koordiniert die Online-Beratungsstelle „Mein PlanB: Online-Beratung zwischen Schule und Beruf“ für Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Außerdem ist sie Lehrerin für „Deutsch als Fremdsprache“.

Kontakt: jmd@invia-berlin.de

Homepage: www.invia-berlin.de

² Der Film ist auf dem „M&M-Channel“ bei youtube zu sehen:
<https://www.youtube.com/watch?v=0hzeP-1Va3g>

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de